

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NACHRICHTEN AUS POLITIK · KULTUR · WIRTSCHAFT UND SPORT

I. Jahrgang / Nummer 1

Lizenz Nr. 1 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung Ost

Samstag, 6. Oktober 1945

Zum Geleit

Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch der braunen Schreckensherrschaft erscheint in München eine von Deutschen geleitete Zeitung. Sie ist von den politischen Notwendigkeiten der Gegenwart begrenzt, aber durch keine Zensur gefesselt, durch keinen Gewissenszwang geknebelt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist nicht das Organ einer Regierung oder einer bestimmten Partei, sondern ein Sprachrohr für alle Deutschen, die einig sind in der Liebe zur Freiheit, im Haß gegen den totalen Staat, im Abscheu gegen alles, was nationalsozialistisch ist. Die Leiter der Zeitung, verschiedenen Parteien entstammend, glauben, daß nach zwölf Jahren schmachtvoller Gewissensknechtung und anbefohlener Lüge der gemeinsame Wille zu politischer Mündigkeit und Sauberkeit, zu Verantwortungsbewußtsein und Wahrhaftigkeit eine genügend starke Grundlage für eine fruchtbare Zusammenarbeit bildet. Sie wollen beweisen, daß noch echte demokratische Gesinnung in Deutschland lebt, die sich nicht in Parteilichkeit verliert, sondern in den innerpolitischen Spannungen eine Quelle der Kraft für das gemeinsame Ganze erblickt. Alle leitenden Kräfte der Zeitung fühlen sich im Anblick einer schrecklichen sozialen Not als Anwälte derer, die arm sind und ohne Schuld leiden müssen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ wird, durch ihren Erscheinungsort München verpflichtet, aus dem süddeutschen, insbesondere bayerischen Gesichtsbewußtsein leben und in Ablehnung eines öden, undeutschen Zentralismus einen kräftigen, den besten Überlieferungen verbundenen Föderalismus vertreten. Alle preußisch-militaristischen Tendenzen bekämpfend, wird sie jene religiösen und kulturellen Kräfte pflegen, die gerade auch in Bayern behelmatet sind und denen Deutschland einstmals Ansehen und Sympathie in der Welt verdankte. Sie wird als Stimme einer freiheitlichen Gegenwart: allen jungen Kräften offen stehen, die an der geistigen und kulturellen Umgestaltung Europas mitwirken wollen.

Wir beginnen auf schmaler Plattform mit geringen Mitteln und spiegeln damit die allgemeine Lage. Wir glauben, daß wir in nicht allzu ferner Zeit auch den allmählichen Aufstiege spiegeln werden.

Schriftleitung und Verlag

Neue Regierung Bayerns unter Dr. Högner

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von München-Oberbayern und Münchener Staatsanwalt Dr. Wilhelm Högner ist von der amerikanischen Militärregierung mit der Bildung einer neuen Regierung für Bayern beauftragt worden, nachdem der bisherige bayerische Ministerpräsident Dr. Schäffer zurückgetreten war.

Der Rücktritt Dr. Schäffers wurde bereits 24 Stunden nach seiner Besprechung General Pattons mit General Eisenhower bekanntgegeben. Bei der General Patton seinen ersten persönlichen Bericht über die Lage in Bayern erstattete. Mit Ministerpräsident Dr. Schäffer sind sämtliche Minister des bayerischen Ministeriums zurückgetreten mit Ausnahme von Arbeitsminister Robhaupter.

Dr. Högners Programm

Über Radio München gab der neuernannte bayerische Ministerpräsident Dr. Högner am Montagabend seine politischen Grundzüge bekannt, nach denen er die neue bayerische Regierung zu bilden beabsichtigt. Seine Regierung soll ein Kabinett der entschlossenen Abkehr vom Nationalsozialismus sein und sich dementsprechend aus entschiedenen Gegnern des Nazi-Regimes zusammensetzen. Die Männer seiner Regierung will Dr. Högner der Sozialdemokratischen Partei (der

er selbst angehört), der Kommunistischen Partei und der Christlichsozialen Union (früher Bayerische Volkspartei) entnehmen.

Der Sozialdemokrat Robhaupter wird voraussichtlich das Arbeitsministerium beibehalten, während Dr. Högner neben dem Amt

zusammensetzen soll; er wird das Kabinett zusätzlich beraten.

Dr. Högner sprach schon jetzt klar aus, daß er die Auskehr der Nazi aus den Aemtern energisch durchführen werde; an einflußreichen Stellen dürften nur Leute sitzen, die niemals Nazis waren, auch nicht nach 1937. Eine große Zahl von Nazis, die sich krimineller Vergehen schuldig gemacht haben und dafür im Dritten Reich nie bestraft worden sind, würden in der nächsten Zeit vor Gericht gebracht werden. Dr. Högner erachte es ferner, wie er versicherte, als seine Ehrenpflicht, allen Opfern der Hitler-Herrschaft zu helfen.

Schließlich äußerte sich Dr. Högner auch zu dem Problem Schule und Konfession. Er habe nichts dagegen einzuwenden, daß in konfessionell nicht gemischten Gebieten Lehrer und Schüler in der Regel dem gleichen Bekenntnis angehören. Es wäre ein Unding, in eine bayerische katholische Landschule einen norddeutschen protestantischen Lehrer zu entsenden. Aber wenn man die konfessionelle Betonung so weit treibe, daß man sage, der gesamte Unterricht müßte von konfessionellen Geistes ausgehen, dann möchte er starke Bedenken erheben, ob das den allgemeinen Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt. Im übrigen sei er im Schulunterricht für eine geistig-ethische Erneuerung der Jugend, für eine Bestimmung auf erbischem Gebiete. Ihm persönlich schwebte ein sozialistisches Humanitätsideal vor.

Einleitend hatte Dr. Högner erklärt, daß ihm der Rücktritt der Regierung Dr. Schäffer und seine Ernennung zum Ministerpräsidenten durch die Militärregierung vollkommen überraschend gekommen sei.



Dr. Högner, der neue Ministerpräsident

General Patton scheidet aus Bayern

Frankfurt, 3. Okt. (Radio)

General Eisenhower hat General Patton, den bisherigen Oberbefehlshaber der 3. amerikanischen Armee, die als Besatzungstruppe in Bayern steht, durch General Lucien K. Truscott ersetzt. General Truscott führte früher den Oberbefehl über die 5. amerikanische Armee in Italien als Nachfolger von General MacClark, dessen Armee er im Dezember 1944 übernahm. General Patton erhielt den Oberbefehl über die 15. amerikanische Armee, die jedoch keine Besatzungsaufgabe wahrnehmen hat. Gleichzeitig wurde Patton beauftragt, einen Bericht über die Tätigkeit der Alliierten während des Krieges auszuarbeiten und Vorschläge für die Zukunft vorzubereiten. Der neue Befehlshaber in Bayern wird sein Amt am 25. Oktober antreten.

wisser, reaktionärer Tendenzen in Bayern besser seien als irgendwo anders. Bayern besitze zahlreiche Heimindustrien. Die Erzeugnisse jener kleinen Industrien würden zum Export und zur Abgeltung von Reparationen verwendet, ohne dabei den Handel der Vereinigten Staaten oder anderer vereinter Nationen zu gefährden. Dadurch würde die bayerische Wirtschaft wieder ohne allzu große Schwierigkeiten in Gang kommen.

Eisenhower greift ein

Nach der Unterredung General Eisenhowers mit General Patton haben sich, wie von Seiten der amerikanischen Militärregierung erklärt wird, die Zustände in den Lagern für verschleppte Personen in Bayern bedeutend gebessert. In Feldafing am Starnberger See waren z. B. 500 Juden in einem Lager der amerikanischen Armee; 400 von ihnen wurden jetzt in Wohnungen in der Umgebung einquartiert, die die Deutschen für diesen Zweck räumen mußten.

Bisher sind in der amerikanischen Zone Deutschlands 120 000 Nazis aus dem Behördenstand entlassen worden. Diese Ziffer, die vom amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt bekanntgegeben wurde, stellt einen Zuwachs von 50 000 seit August dar. Diese Zahl schließt jene 80 000 nicht ein, die in Haft genommen wurden. Um für die Ausschaltung der Nazis aus dem öffentlichen Leben Bayerns die erforderlichen einwandfreien Unterlagen zu gewinnen, waren nach einem Bericht der Militärregierung allein bis Ende August über 200 000 Fragebögen verteilt. Ihre Prüfung hatte folgendes Ergebnis: 2704 Personen dürfen nicht angestellt werden; 9029 Per-

sonen sollen nach Möglichkeit nicht angestellt werden und 18 629 können ohne jede Einschränkung beschäftigt werden; 685 Einzelfälle wurden den zuständigen Gerichten überwiesen. In einer einzigen Septemberwoche wurden 30 Fälle falscher Eintragungen festgestellt. Bekannte Nazis werden sich deshalb vor dem Militärgericht zu verantworten haben.

Ein Brief Roosevelts

Spanien außerhalb der Gemeinschaft der Nationen

London, 3. Okt. (Radio)

In den Vereinigten Staaten ist vor einigen Tagen ein bisher unveröffentlichter Brief des verstorbenen Präsidenten Roosevelt bekanntgegeben worden, in dem die gegenwärtige amerikanische Politik gegen Franco-Spanien erörtert wird. Roosevelt erklärte in dem Brief, daß im vergangenen März an den amerikanischen Gesandten in Spanien gerichtet wurde, in der Gemeinschaft der Nationen sei für eine faschistische Regierung kein Platz. Es seien keine Schritte unternommen worden, um Spanien wirtschaftlich zu unterstützen, da die Mehrheit des amerikanischen Volkes gegen die Aufrechterhaltung von Beziehungen mit einem totalitären Staat sei. Die gegenwärtige Regierung in Spanien, die ihre Machtstellung der Unterstützung des faschistischen Italien und des nationalsozialistischen Deutschland verdanke, werde ganz natürlich von sehr vielen Amerikanern mit Mißtrauen angesehen. Das amerikanische Volk werde es nicht vergessen, daß Spanien den Achsenmächten Vorschub geleistet habe als die Lage der Alliierten schwierig gewesen sei.

Keine Einigung der Außenminister

Ausführlicher Bericht Bevins im Unterhaus am nächsten Dienstag

London, 4. Okt. (Radio)

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Russlands und Frankreichs haben am Mittwochabend London verlassen, nachdem am Dienstag die erste Tagung des Rates der Außenminister abgeschlossen wurde. Ueber die Hauptschwierigkeiten wurde keine Einigung erzielt, auch über das Schlusprotokoll wurde keine Einigung erreicht. Außenminister Bevin wird im Unterhaus einen ausführlichen Bericht über die Tagung geben. Das Unterhaus tritt am nächsten Dienstag zusammen.

Vor ihrer Abreise gaben der amerikanische und der russische Außenminister Erklärungen vor Pressevertretern ab. Der amerikanische Außenminister erklärte: Es haben sachliche Meinungsverschiedenheiten über die Geschlossenheit des Rates bestanden. Man hat ihnen ins Auge gesehen und war bemüht, sie auszugleichen. Meinungsverschiedenheiten entstanden durch die Verschiedenheit der Auslegung der Potsdamer Vereinbarung. Bei genauer Auslegung bestimmt das Potsdamer Abkommen, daß Staaten am Entwurf der Friedensverträge nur dann teilnehmen können, wenn sie die Kapitulationsbedingungen mitunterzeichnen haben. Aber am ersten Tage der Ratstagung wurde beschlossen, daß alle fünf Großmächte an allen Erörterungen teilnehmen sollten. Am 22. September erklärte jedoch Molotow, er glaube, er habe einen Fehler gemacht, als er diesem Beschluß zustimmte und habe den Wunsch, seine Zustimmung zu widerrufen.

In der Hoffnung, eine Verständigung herbeizuführen, fuhr Bevin fort, hätten die Vereinigten Staaten vorgeschlagen, daß das Recht zum Entwurf der Friedensverträge auf die drei Großmächte beschränkt werden sollte. Damit habe sich

Molotow grundsätzlich einverstanden erklärt. Er sagte jedoch, er wolle sich erst mit seiner Regierung ins Einvernehmen setzen. Deshalb sei den Außenministern nichts anderes übrig geblieben, als die Ratssitzungen während dieser Besprechung zu vertagen.

Molotow betonte, daß der Rat der Außenminister auf den Entscheidungen der Potsdamer Konferenz beruhe und an diese Vereinbarung gebunden sei. Er gab seinem Vertrauen in die Zukunft Ausdruck und der Hoffnung auf eine enge Zusammenarbeit zur Sicherung des Weltfriedens.

Ueber eine Anzahl von Fragen wurde zwischen allen fünf Ministern ein Einverständnis erzielt, z. B. über die Wiedergutmachung, über den wirtschaftlichen Status Oesterreichs und über gewisse Fragen, die mit den Friedensverträgen mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zusammenhängen.

Weltgewerkschaftsbund tagte

Erste Sitzung in Paris abgehalten

Paris, 4. Okt. (Radio)

Der neue Weltgewerkschaftsbund ist in Paris zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Die Statuten des neuen Weltgewerkschaftsbundes, in dem die Gewerkschaftsverbände von 65 Ländern vertreten sind, wurden durch einstimmigen Beschluß angenommen. Der neue Weltgewerkschaftsbund ist die erste internationale Organisation, in der die Vertreter der Vereinten Nationen, der neutralen Länder sowie der ehemaligen Vasallenstaaten der Achse vereinigt sind. Der Sonderausschuß erzielte volle Einigung. Die innerhalb der Weltgewerkschaftsorganisation entstandenen Meinungsverschiedenheiten wurden überbrückt.

des Ministerpräsidenten das Justizministerium beibehalten wird, dessen Leiter er bisher schon war; sind alle Ministerien neu zu besetzen. Um die Verbindung mit dem Volk schon jetzt, ehe ein Parlament gewählt worden ist, möglichst eng zu gestalten, beabsichtigt Dr. Högner neben dem Ministerrat noch einen Vertrauensrat zu bilden, der sich aus Vertretern aller Volkskreise

Linksruck in Frankreich

Paris, 2. Oktober (Radio)

Am Sonntag wurde in Frankreich der zweite Wahlgang zu den Generalräten, den Parlamenten der Departements, durchgeführt. Die Wahlen zeigten einen starken Ruck nach links. Zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs wurden auch Frauen gewählt.

Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse (über 90%) zeigen folgendes Bild:

Sozialisten 879 Sitze gegen 434 im Jahre 1939, Kommunisten 349 Sitze gegen 272, Sozialradikale (bürgerliche Linke) 565 Sitze, um 413 weniger, Zentrum 193 Sitze, um 356 weniger, Rechtsparteien 440 Sitze, um 267 weniger. Außerdem hat eine neue Partei, die General de Gaulle unterstützt, 198 Sitze errungen.

Nach der französischen Verfassung von 1875, die einstweilen noch Geltung hat, haben diese Wahlen der Generalräte dadurch ihre besondere Bedeutung, daß von den zum Generalrat gewählten Vertretern bisher der Senat gewählt worden ist. Am 21. Oktober soll eine Volksabstimmung entscheiden, ob neben der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Kammer der Senat überhaupt noch beibehalten werden soll. Die Linksparteien lehnen den Senat ab und wollen nur ein Einkammersystem.

Das Wahlergebnis zeigt eindeutig, daß das französische Volk sich für die Führung der Politik durch die Sozialisten ausgesprochen hat. Der erwartete sprunghafte Aufstieg der Kommunisten ist ausgeblieben. Zum erstenmal in Erscheinung getreten ist eine republikanische Volkspartei, die den Sozialisten nahesteht, wie diese General de Gaulle unterstützt und bei diesem Wahlgang gleich rund 200 Sitze errungen hat. Dagegen hat die seit Jahrzehnten in Frankreich führende Partei, die Radikalsocialisten, eine empfindliche Einbuße erlitten. Diese Partei ist allerdings weder sozialistisch noch radikal, sondern eine bürgerliche Fortschrittspartei, die für die Politik der vergangenen Jahre die Verantwortung trägt. Ihr Führer, der langjährige Präsident der französischen Kammer und Bürgermeister von Lyon, Herriot, hat nach seiner Rückkehr aus deutschen Konzentrationslagern in seiner Heimat persönlich einen überwältigenden Sieg errungen, was seiner Partei allerdings wenig nützt.

Die Rechtsparteien haben starke Einbußen an Stimmen zu verzeichnen; auch das ist bezeichnend für die politische Einstellung des französischen Volkes.

Sitz der Vereinten Nationen in Amerika

London, 5. Okt. (Dana)

Das vorbereitende Komitee des Vollgremiums der Vereinten Nationen beschloß mit neun gegen drei Stimmen (bei Stimmenthaltung der Delegierten der Vereinten Staaten und Kanadas), den ständigen Sitz der Weltfriedensorganisation in den Vereinigten Staaten zu errichten. England, Frankreich und die Niederlande stimmten für die Schweiz.

Abkehr - Einkehr

Von Edmunda Goldschagg

Zum zweiten Male innerhalb eines Monats hat das deutsche Staatswesen, Deutschland „Reich“ genannt, als Abschluss eines Weltkrieges, den seine Führung bewußt und mutwillig von Zaune gebrochen hat, einen völligen Zusammenbruch erlebt. Gewiß besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Zusammenbruch des Zweiten Reiches im November 1918 und dem jetzigen Untergang des Dritten Reiches. Das „tausendjährige Reich“ Adolf Hitlers ist nicht nur politisch versunken, sondern in des Wortes wörtlichster Bedeutung in Schutt und Trümmer verfallen. Die „Erregenschaften“ der Kriegstechnik haben es mit sich gebracht, daß die deutschen Städte und Industrieanlagen unter der Wirkung des Luftkrieges nur noch als Trümmerhaufen übrig geblieben sind. Was die alliierte Überlegenheit nicht zerstört hat, das hat die eigene „geniale“ Führung in den letzten Wochen des aussichtslosen Ringens in geradem verbrecherischer Weise in Trümmer verואandelt. Der Vormarsch des Gegners konnte dadurch nicht aufgehalten, kaum verzögert werden; aber dem deutschen Volke wurden unersetzliche Werte verdirbt und der Aufbau auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verzögert.

Der Widerstand der letzten Wochen, in einem Zeitpunkt, wo jeder Laie, der sich sein eigenes Denken noch bewahrt hat, schon längst zur Einsicht gekommen war, daß der Krieg verloren und an einen Sieg nicht mehr zu denken ist, ging ja auch nicht mehr um militärische Ziele. Deutschland wurde von seinem Führer und dessen nachgeordneten Führern bewußt in Schutt und Asche gelegt, weil diese Prediger des Gemeinnutzes nur noch an ihren Kopf und Kragen dachten. Denn daß mit dem Verlust des Krieges auch ihr eigener Kopf verspielt war, darüber waren sich die braunen Hauptlinge klar angesichts der Verbrechen, die sie in der zwölfjährigen Herrschaft ihres tausendjährigen Reiches am deutschen Volke und der europäischen Menschheit begangen hatten. Aber da es den Hitler, Himmler, Göring und Pps. klar war, daß sie nicht nur als Politiker, sondern auch als Mensch ausgespielt hatten, so sollte bewußt das deutsche Volk physisch und materiell mit ihnen zugrunde gehen. Nur so ist auch der Widerstand des Schluskampfes um Berlin zu verstehen, zu dem sich Hitler persönlich an die Kampffront begeben hatte, die für ihn allerdings im sichersten Bunker unter der Reichskanzlei lag. Von einer Führung hat man zwar nichts mehr gehört, doch mit Entsetzen vernahm man, daß die letzten 12 Kampftage die bisherige Hauptstadt des Reiches mehr in Trümmer gelegt haben, als alle vorangehenden Fliegerangriffe der Amerikaner, Engländer und Russen zusammen. Diese völlige Zerstörung der Reichshauptstadt als Abschluss des Machtkampfes des Dritten Reiches — in großem Ausmaß durch die Waffen der eigenen Truppen — ist zugleich Symbol für den Zusammenbruch der Naziherrschaft. Und unter den Trümmern verschüttet liegt der „geniale Staatsmann und Feldherr“ Adolf Hitler selbst begraben.

Wenn das deutsche Volk heute in Apathie und